Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich [illegible] M., monatlich [illegible] M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich [illegible] M., monatlich [illegible] M. Durch die Post vierteljährlich [illegible] Mk., monatlich [illegible] Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum [illegible] Pfg., auswärts [illegible] Pfg., Reklamezeile [illegible] Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von [illegible] bezw. [illegible] Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 264 | Dienstag, den 9. November 1920 | 38. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die preußische Landesversammlung hat die Verfassung in zweiter Lesung angenommen und sich bis zum 15. November vertagt.

* Auf Anfrage hat das Reichs-Kabinett beschlossen, daß am 9. November in den Reichsbetrieben und -behörden nicht gefeiert wird.

* Gegen Erzberger ist bei der Staatsanwaltschaft ein Strafantrag wegen Steuerhinterziehung erstattet worden.

* Durch Vereinbarung der Parteien der Landesversammlung ist der 13. Februar endgültig als Wahltag für Preußen festgesetzt worden.

Die Hand zur Verständigung.

Nach vielen unfruchtbaren und undankbaren Parteistreitigkeiten wieder einmal ein Akt der Verständigung. Die dem Reichstag angehörigen Universitätslehrer, mit Ausnahme derjenigen, die in den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei sitzen, haben sich zu einer gemeinschaftlichen Antwort auf die Kundgebung der Oxforder Gelehrten zusammengetan, zu einer Antwort, mit der man sich in Inhalt und Ton nur einverstanden erklären kann. Die Wissenschaft kennt nur ein Ziel: die Erforschung der Wahrheit; damit beginnen sie. Zur Lösung dieser einzigen Aufgabe bedarf sie der gemeinsamen Arbeit über alle Grenzen der Staaten hinaus. Der Weltkrieg hat die gemeinsame Arbeit unterbrochen und viele persönliche Bande gelöst. Wir sind bereit, sie wieder zu knüpfen und durch gemeinsame Arbeit vergessen zu machen, was in beiden Lagern verletzendes geschrieben und gesprochen wurde. Auch unser Hoffen richtet sich auf die Zukunft. Ihre Aufgaben sind nach den bitteren Erfahrungen der Menschheit in der Vergangenheit größer und dringlicher als je. Möge die wissenschaftliche Arbeit das ihrige dazu tun, den Geist der Gerechtigkeit, der Versöhnlichkeit und der gegenseitigen nationalen Achtung zu fördern, ohne den der Wiederaufbau der niedergebrochenen Welt unmöglich ist.

Man sieht, eine Kundgebung, der es ebenso wenig an Würde wie gutem Willen fehlt. Daß die Akademiker der deutschnationalen Volkspartei sich ihr nicht angeschlossen haben, kann danach nur aus allgemeinen Gründen zu erklären sein, nicht aus Gründen ihres Wortlautes oder ihrer Tendenz. Von einem Wunsch nach Wahrung der Würde kann man in diesem Fall auch nicht sprechen, da ja der erste Schritt von England aus geschehen ist. Die Oxforder Professoren haben zwar, als sie ihre Briefe an die Vertreter der deutschen Wissenschaft veröffentlichten, noch ganz auf eigene Faust gehandelt, und der Vizekanzler ihrer Universität beeilt sich, kaum daß der erste Lärm darüber in der englischen Öffentlichkeit laut wurde, zu versichern, daß seine Hochschule als solche und ihre amtlichen Organe mit der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun hätten. Trotzdem bleibt es dabei, daß hier zum ersten Male angeseheee Männer der britischen Wissenschaft den Wunsch nach Verständigung mit ihren deutschen Fachgenossen ausgesprochen hatten. Ein Vorgang, der nicht unbeachtet bleiben dürfte. Fraglich könnte höchstens sein, ob die Antwort nicht gleichfalls von einer bestimmten deutschen Hochschule ausgehen müßte, oder von irgendeiner der vielen Organisationen, die das deutsche Hochschulleben umranken. Warum dieser Weg, der eigentlich der nächstliegende war, nicht gewählt worden ist, wird vielleicht in Erfahrung zu bringen sein. Möglich, daß man ein rasches Handeln für erforderlich hielt, und daß man den etwa schon in Gang gekommenen Bemühungen rein akademischer Kreise irgendeine Aktion in dieser Frage zustandezubringen, mit der jetzt veröffentlichten Erklärung zu Hilfe kommen wollte. Man scheint da an das Verhalten der weiblichen Abgeordneten zur Weimarer Nationalversammlung gedacht zu haben, die ja auch in Fragen höchster Menschlichkeit über alle sonst trennenden Parteischranken hinweg sich manchmal zusammengetan und das Gewissen der Welt aufgerüttelt hatten. Ein Versuch, der gewiß nicht im entferntesten zu dem Ziele geführt hat, das man damals im Auge hatte, der aber trotzdem wiederholt werden mag, sobald sich wieder einmal die Gelegenheit dazu zu bieten scheint. Daß wir nur sehr allmählich wieder zu dem früheren Völkerverkehr zugelassen werden dürfen, ist uns allen ja ohnedies nachgerade klar geworden; daß, wenn von draußen her Anregungen dazu gegeben werden, nicht immer bloß uneigennützige Erwägungen im Spiel sind, wissen wir auch. Aber das wechselseitige Geben und Nehmen im Austausch von Gedanken, Erfahrungen, Beobachtungen ist es ja gerade, daß zum größten Schaden der Allgemeinheit so viele Jahre hindurch gestockt hat, das wir deshalb wieder anbahnen müssen, wenn der Blutkauf der menschlichen Gemeinschaftsarbeit wieder in Gang kommen soll. Daß England auf die Beschlagnahme deutschen Eigentums aus Gründen der Nichterfüllung des Friedensvertrages fernerhin verzichten will, geschieht ja auch nicht zum Zeichen der vollkommenen Uneigennützigkeit seiner geschäftlichen Gesinnungen, durchaus nicht, das versucht England selbst nicht einmal der Welt einzureden. Es geschieht, um der zunehmenden Abwanderung des internationalen Bankverkehrs von London nach Newyork, was Deutschland betrifft, Einhalt zu tun. Trotzdem dürfen wir uns dieser beginnenden Einsicht natürlich freuen, denn sobald England seine Haltung auch gegenüber dem vor dem Kriege eingebrachten deutschen Eigentum abändern wird, werden unsere Geschäftsleute gewiß auch bereit sein, sich die Sache von neuem zu überlegen. Was die deutsche Wissenschaft für die Allgemeininteressen der Welt bedeutet, das zu unterschätzen fällt dem praktischen Sinn der Engländer durchaus nicht ein. Soweit und solange Vorsicht im Verkehr mit ihnen auch unseren Gelehrten noch geraten werden muß, wird es Aufgabe der deutschen Öffentlichkeit sein, unausgesetzt vor Übereilung und Sorglosigkeit zu warnen. Aber der Anfang mußte schließlich einmal gemacht werden, und der deutschen Erklärung, wie sie heute vorliegt, läßt sich nachrühmen, daß sie unseren nationalen Interessen mit keinem Worte zu nahe tritt. Sobald diese Voraussetzung aber gewährt wird, soll man jede Hand, die sich uns zur Verständigung darreicht, ruhig ergreifen.

Die deutsche Erklärung trägt neben der Unterschrift des Sozialisten Radbruch die Namen von Männern wie Kahl und Rießer, die der deutschen Volkspartei angehören. Man kann nur wünschen, daß sich noch recht oft Gelegenheit finden möchte, um die unglückseligen Parteigegensätze zu überwinden, an denen wir sonst zugrunde gehen müssen.,

Strafanzeige gegen Erzberger.

Verdacht der Steuerhinterziehung.

Wie verlautet, ist gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger nunmehr bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet und zwar zunächst wegen des dringenden Verdachts der Steuerhinterziehung.

Begründet wird die Anzeige damit, daß nach der Zurückziehung des Strafantrages Erzberger gegen Dr. Bülck und nach seiner Erklärung, daß er sich auf den Weg der Privatklage nicht locken lassen werde, eine gerichtliche Klärung der Steuerangelegenheit Erzbergers auf anderem Wege nicht möglich sei. Es wird darauf hingewiesen, daß Herr Erzberger bei auswärtigen Banken sehr erhebliche Guthaben gehabt hat, so bei einer Wiener Bank Guthaben in Höhe von annähernd 400 000 Kronen, auch bei Schweizer Banken hat Herr Erzberger sehr erhebliche Guthaben gehabt. Die meisten dieser Banküberweisungen Erzbergers an auswärtige Banken werden von ihm mit politischen Zwecken begründet, nur bei zwei Überweisungen an Schweizer Banken im Betrage von etwa 250 000 Mark werden keinerlei Zwecke angegeben, so daß man in diesen Fällen annehmen muß, daß es sich um private Gelder Erzbergers handelt. Die Anzeige bittet die Staatsanwaltschaft, durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes festzustellen, ob die Angaben Erzbergers, daß es sich um Gelder des Reiches handele, die zu politischen Zwecken verwendet werden sollen, den Tatsachen entsprechen. Ferner wird die Staatsanwaltschaft ersucht, festzustellen, ob bei den Schweizer Überweisungen Erzbergers die steuerlichen Vorschriften erfüllt sind. Nach den geltenden Bestimmungen ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, nachdem sie nunmehr amtlich von den Beschuldigungen gegen Erzberger Kenntnis erhalten hat, gegen diesen das Ermittelungsverfahren einzuleiten.

Der gewerbliche Achtstundentag.

Fertigstellung des Gesetzentwurfs.

Seit einiger Zeit befindet sich der Entwurf des Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter bei den zuständigen Ministerien in Vorbereitung. Jetzt ist der Entwurf durch die Referenten fertiggestellt, und vor einigen Tagen hat bereits eine Besprechung zwischen den Vertretern der Ministerien und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern stattgefunden.

Wer ist gewerblicher Arbeiter.

Als gewerbliche Arbeiter gelten im Sinne dieses Gesetzes alle diejenigen, die in einem gewerblichen Betriebe einschließlich der des Handelsgewerbes und des Bergbaus und den Betrieben des Reiches, der Länder und der Kommunen auf Grund eines Vertragsverhältnisses als Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Werkmeister, Techniker oder Fabrikarbeiter beschäftigt sind. Ausgenommen von dem Gesetz sind ausdrücklich Personen, die Vorgesetzte von mindestens 50 Arbeitnehmern sind. Das Gesetz findet weiter keine Anwendung auf Betriebe, in denen lediglich Familienangehörige beschäftigt werden, auf die in der Heimarbeit beschäftigten Personen werden die Bestimmungen des Gesetzes ebenfalls nicht angewendet.

Arbeitszeit.

Der § 3 des Gesetzes bestimmt, daß im allgemeinen die Arbeitszeit die Dauer von acht Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschreiten darf. Es heißt dann in dem Gesetz: „Wenn an einzelnen Werktagen, insbesondere an den Tagen vor Sonn- und Festtagen, im Betriebe weniger als acht Stunden oder überhaupt nicht gearbeitet wird, kann das Fehlen an Arbeitsstunden dadurch ausgeglichen werden, daß die Arbeitszeit an den übrigen Werktagen der gleichen Wochen verlängert wird, jedoch darf die Gesamtzahl der Arbeitsstunden an den sechs Werktagen einer Woche nicht mehr als 48 Stunden und an den einzelnen Werktagen nicht mehr als neun Stunden betragen. Eine längere Arbeitszeit, jedoch nicht über elf Stunden täglich, ist in solchen Fällen nur dann zulässig, wenn sie infolge außergewöhnlicher Betriebsverhältnisse unvermeidbar ist und ihre Einführung innerhalb drei Tagen dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten oder Bergaufsichtsbeamten zur Kenntnis gebracht wird." Für die mit Schichtwechsel arbeitenden Betriebe ist festgesetzt, daß die Arbeitszeit für die Arbeiter, die die sonntäglich notwendigen Arbeiten ausführen, im Durchschnitt dreier Wochen 56 Stunden wöchentlich nicht übersteigen darf. Diese Betriebe werden durch den Reichsarbeitsminister besonders bestimmt. Paragraph 6 untersagt den Arbeitnehmern, die in einem Betriebe vollbeschäftigt sind, in ihrem oder einem anderen Berufe ein dauerndes Arbeitsverhältnis mit einem zweiten Arbeitgeber einzugehen. Die Arbeitgeber dürfen nicht gestatten, daß ihre Arbeiter nach Ablauf der gesetzlichen Arbeitszeit auf eigene Rechnung im Betriebe weiter arbeiten.

Bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit kann auf Antrag des Unternehmers für einzelne Betriebe eine abweichende Regelung der Arbeitszeit der über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen an 60 Tagen im Jahre durch den zuständigen Aufsichtsbeamten widerruflich zugelassen werden. Unter Umständen ist auch eine Ausdehnung auf 90 Tage zulässig.

Die Wirtschaftslage der Eisenbahn.

Traurige Finanzlage.

In Berlin tagte unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers der auf Grund eines Reichstagsbeschlusses gebildete Sachverständigenbeirat zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Reichseisenbahnen. Neben einer großen Zahl von Einzelfragen wurde insbesondere die Organisation der Reichseisenbahnen, ihre Personalpolitik und vor allem die finanzielle Lage der Eisenbahnen erörtert. Von allen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß neben äußerster Beschränkung der Ausgaben danach gestrebt werden müsse, die Einnahmen zu steigern. Die Tarife im Personen- wie im Güterverkehr seien der allgemeinen Preissteigerung nicht gefolgt und trügen der in den letzten Jahren eingetretenen Geldentwertung keine Rechnung. Deshalb müsse trotz der damit verbundenen Belastung für das Wirtschaftsleben ernstlich geprüft werden, ob nicht eine nochmalige Tariferhöhung angebracht sei. Für die weitere Erörterung der zahlreichen Fragen, die der Beirat beraten wird, sind drei Ausschüsse gebildet worden, die mit je neun Mitgliedern des Beirates besetzt sind. Der Tarifausschuß wird alle Fragen bearbeiten, die sich auf die Steigerung der Einnahmen erstrecken. Der Wirtschaftsausschuß wird die Wirtschaftsführung der Eisenbahnen hinsichtlich ihrer Ausgaben bearbeiten und die Fragen der Personalpolitik und der Verwaltung in den Kreis seiner Beratungen ziehen. Der Werkstättenausschuß soll die wirtschaftliche Gestaltung des Werkstättenwesens und die Fragen der Organisation der Reparaturwerkstätten der Eisenbahnen erörtern. Die Ausschüsse werden ihre Tätigkeit alsbald beginnen.

Deutscher Reichstag.

(28. Sitzung.) *CB.* **Berlin, 6. November.**

Die politische Aussprache über den Haushaltvoranschlag des Reiches wurde gestern beendet, nachdem noch der bayerische Bauernbündler Abg. **Eisenberger** die Revision der Weimarer Verfassung gefordert und betont hatte, es sei bedauerlich, daß so viel Reaktionäre nach Bayern gekommen seien. Dagegen müsse schließlich Stellung genommen werden. Im übrigen polemisierte der Redner gegen die Vorherrschaft Berlins.

Das Gesetz zur Abänderung des Weingesetzes wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen. Das Gesetz über die Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten in den besetzten Gebieten geht an den Haushaltsausschuß.

Der Ältestenrat ist sich dahin schlüssig geworden, nach der heutigen keine Vollsitzung mehr bis zum Buß- und Bettag, 17. November, abzuhalten und am 18. November 1920 mit der zweiten Lesung des Haushaltsvoranschlages im Plenum zu beginnen. Während der Pause soll der Haushaltsausschuß die ihm übertragenen Arbeiten erledigen.

Eupen, Malmedy, Rheinland.

Auf der heutigen Tagesordnung steht eine Interpellation Schiffer (Dem.), die von allen übrigen Parteien, mit Ausnahme der Linksunabhängigen, unterstützt wird. Darin wird gefragt, welche Stellung die Reichsregierung gegen den Beschluß des Völkerbundes einnimmt, Belgien endgültig die Souveränität über die Kreise Eupen und Malmedy zuzusprechen. Mit dieser Interpellation verbunden wird eine Interpellation Korell (Dem.) über die Lage in dem besetzten Gebiet des Rheinlandes.

Zur Begründung der Interpellationen nimmt das Wort der Zentrumsabgeordnete Dr. **Bell.**

Redner führt an der Hand der vertraglichen Bestimmungen aus, daß die Zuweisung Eupen und Malmedys an Belgien den Bestimmungen der abgeschlossenen Verträge absolut widersprechen. Er wendet sich der Rheinland-Interpellation zu und verlangt, daß die im Haushaltsausschuß von den Vertretern des Reichsschatzministeriums bereits genannten Ziffern über die Höhe der Besatzungskosten noch etwas eingehender erläutert werden. Die Zahl der fremden Besatzungstruppen allein im besetzten Rheinland übersteige die Zahl der uns selbst im Friedensvertrage für ganz Deutschland zugebilligten Reichswehrtruppen. Man frage sich, welchen Zweck die Besetzung in einem so beispiellosen, unerhörten Umfange haben solle. Redner führt aus, daß sich hinter dieser starken Besetzung Machtgelüste und Annexionsabsichten ver-

bergen. Er verweist insbesondere auf die unmäßige Beschlagnahme von Grund und Boden und von Häusern und Wohnungen durch die Entente im besetzten Rheinland.

Reichsminister des Äußern Dr. **Simons**: Die schwere Not der Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmedy hat im ganzen deutschen Volk wärmstes Mitgefühl erweckt. Die Reichsregierung hat dem Völkerbund ein Weißbuch mit reichem urkundlichen Material über das Verhalten der belgischen Behörden gegenüber der deutschen Bevölkerung zugestellt. Sie hat beantragt, diese Volksbefragung für ungültig zu erklären und eine freie, unbeeinflußte Volksabstimmung vorzulegen. Wir wissen nicht, ob unser Material überhaupt geprüft worden ist. Unsere Versuche, darüber Auskunft zu erhalten, sind gescheitert. Der Völkerbund meint, daß keine Stimmung für Deutschland in Eupen und Malmedy bestehe, weil sich von 62 000 Seelen nur 271 Einwohner eingeschrieben haben. Diese Zahlen beweisen gerade, daß die Abstimmung nicht in der richtigen Form vorgenommen worden sein kann. Die Entscheidung über Eupen und Malmedy kann nur durch die Völkerbundsversammlung getroffen werden, um so mehr, als der Völkerbundsrat selbst nicht einmal nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zusammengesetzt ist. Die Vereinigten Staaten fehlen darin, und das ist sehr wichtig, weil für die Gültigkeit der Beschlüsse des Völkerbundsrates Einstimmigkeit erforderlich ist. In der gegenwärtigen Zusammensetzung ist

der Völkerbundsrat unstreitig eine Vertretung der Siegerstaaten.

Die Regierung hofft, daß der Völkerbund endlich eine eingehende Prüfung des vorgelegten Materials vornimmt und von der Grundlage der Gerechtigkeit, ohne die es einen Völkerbund nicht geben kann, bei seinen Entscheidungen nicht abweicht.

Abg. **Kore..** (Dem.): In dieser Frage sind wir alle einig. Es handelt sich beim Rheinland um eine Lebensfrage für Deutschland. Auch über Elsaß-Lothringen werden nicht die Akten geschlossen werden können, bis dieser deutsche Stamm durch eine Abstimmung seine Meinung kundgetan hat. Auch das Saarland ist kerndeutsch. Wir Rheinländer sind ein gut deutscher Stamm. Wir lehnen jede übertriebene Greuelpropaganda ab, aber man kann nicht ein kulturell hochstehendes Land 15 Jahre wie ein Kolonialgebiet behandeln.

Reichsminister des Innern **Koch** erwiderte, er könne mit Freude feststellen, daß in den Rheinlanden die deutsche Einheitsfront aufrechterhalten worden sei. Der Minister klagte weiter über die Höhe der Besatzungskosten und gab der Hoffnung auf Verminderung dieser Kosten Ausdruck.

Abg. **Sollmann** (Soz.) betonte gleichfalls, daß seine Partei an der Zugehörigkeit der Rheinlande zum Reiche unbedingt festhalte. Alsdann sprach der Abg. **Oberfohren** (Deutsch-nat.), der ebenfalls dem Wunsch Ausdruck gab, daß die Rheinlande unverbrüchlich zum Reiche gehören.

Nach weiteren Auseinandersetzungen wurde die Debatte geschlossen und der Reichstag vertagte sich auf Donnerstag, den 18. d. Mts.

Politische Vornamen.

Geschmacksverirrungen in bewegten Zeiten.

In der Schweiz, in Zürich, hat vor einiger Zeit ein Standesbeamter sich geweigert, den Vornamen Lenin, den ein Vater seinem neugeborenen Knaben beigelegt wissen wollte, in das Geburtenverzeichnis einzutragen. Auf die von dem Vater dagegen eingelegte Beschwerde hat die Aufsichtsbehörde dieser Tage die Handlungsweise des Beamten gebilligt. Die Gründe für diese Entscheidung verdienen auch in Deutschland besondere Beachtung. Die Frage, ob ein ungewöhnlicher Name als Vorname zulässig ist, muß nach Sitte und Gewohnheit unseres Landes beurteilt werden, besagen die Gründe. Der Name Lenin ist als Vorname ungebräuchlich. Außerdem aber bedeutet er eine vielumstrittene politische Richtung. Ein derartiger Vorname, durch den der Vater seine Zuneigung für diese politische Richtung ausdrücken will, kann dem Wohle des Reiches nachteilig und dem Kinde selbst in späteren Jahren unerwünscht sein. Die Eintragung des Namens Lenin als Vorname ist daher mit Recht abgelehnt worden.

So geschehen in der republikanischen Schweiz. Im republikanischen Deutschland hätte das Verlangen des Vaters, seinen Jungen Lenin zu nennen, erfüllt werden müssen. Das Verlangen ist nicht außergewöhnlich. Ob es aber Allgemeinwert ist, steht auf einem andern Blatt. Wie so manches andere ist auch die Wahl der Vornamen erheblich der Mode unterworfen, und in bewegten Zeiten pflegt die Politik diese Mode stark zu beeinflussen. In der großen französischen Revolution war es geraume Zeit hindurch üblich, den Kindern absonderliche, an Tagesereignisse anknüpfende Vornamen beizulegen. Ein berühmtes Beispiel dafür ist das Verfahren jenes Tallien, der sein Töchterchen „Neunter Thermidor" nannte, weil er am 9. Thermidor beim Sturze Robespierres entscheidend mitgewirkt hatte. Als Napoleon Erster Konsul geworden war, machte er, um republikanischen Kundgebungen entgegenzutreten, einer solchen Vornamenswahl ein Ende, indem er eine Verfügung ergehen ließ, durch die nur die im Kalender stehenden Namen als Vornamen für zulässig erklärt wurden. Diese Verfügung hat in Teilen des linken Rheinufers noch bis in die neuere Zeit hinein gegolten. Im übrigen Deutschland aber war man in der Wahl der Vornamen ungebundener. Nach den Befreiungskriegen kamen für Mädchen Vornamen wie Blücherine und Gneisenaune auf. Die Umwälzungen von 1830 und 1848 bewirkten ähnliche Erscheinungen. Deutsche Väter nannten ihre Söhne nach einem französischen Dichter und Politiker Lamartine oder nach einem oft erwähnten polnischen General Dembunski. Politische, kriegerische und auch künstlerische Vorgänge — man denke an den Einfluß, den Richard Wagners Schaffungen auf die Wahl der Vornamen ausgeübt haben — färbten auch weiterhin auf die Namengebung ab. Sozialdemokratische Väter schwärmten eine Zeitlang dafür, ihre Töchter Bebeline zu nennen. Und wie jener Züricher, so mögen gegenwärtig in Deutschland einzelne auch den Namen Lenin als Vornamen für einen Jungen schön und geeignet finden.

Ob dem Kinde mit einem ungewöhnlichen Vornamen gedient ist, pflegen sich die Väter, die in solchen Namen schwelgen, wenig oder gar nicht klarzumachen. Die Zahl jener, die an ihrem Vornamen oder an einem ihrer Vornamen Anstoß nehmen und die deshalb ihrer Eltern wenig liebevoll gedenken, ist sehr gering. Wie oft ist es nicht schon dagewesen, daß ein Mann, den sein Vorname zu einem Anhänger einer bestimmten Partei zu stempeln schien, politisch auf der entgegengesetzten Seite stand! In derartigen Fällen ist der Vorname mindestens unbequem, und es ist gar nicht selten, daß ein solcher Vorname von seinem Träger mit einem anderen vertauscht wird oder daß der Träger den Vornamen unkenntlich macht, indem er nur den Anfangsbuchstaben gebraucht. Ferner sollten alle Väter oder alle Eltern bei der Wahl der Vornamen berücksichtigen, daß Kinder mit einem ungewöhnlichen Vornamen ihren Altersgenossen oft zum Gespött dienen. Ein Fischer, der Hannibal heißt, ein Schulze, der auf Cäsar oder Scipio hört, wird von seinen Mitschülern verhöhnt. Warum ein Kind einem derartigen Geschick aussetzen?! Die Wahl der Vornamen, so sehr sie der Mode unterworfen sein mag, will mit Klugheit und mit Geschmack getroffen werden. Die Politik verdirbt bisweilen den Geschmack. *St.*

Wiederbelebung der deutschen Schiffahrt.

In Newyork traf am 5. November aus Hamburg der Dampfer „Sophie Rickmers" als erstes Schiff unter deutscher Flagge ein. Das Schiff kam mit Ballastladung und wird bald mit einer Ladung amerikanischer Güter wieder abfahren.

Mit bewunderungswürdiger Energie ist man in Deutschlands größtem Seehafen, Hamburg, darangegangen, zu handeln und die zusammengebrochene deutsche Seeschiffahrt wieder aufzubauen. Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben. Die Statistik über den Hamburger Schiffsverkehr für die Monate Januar-September zeigt folgende Zahlen des einkommenden Schiffsraumes in Netto-Registertonnen: 1913: 10 689 451, 1919: 972 473, 1920: 2 904 012. Gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahre ist demnach eine Zunahme von 1 931 539 Netto-Registertonnen zu verzeichnen. Ein recht erfreuliches Ergebnis.

Aber zwei Umstände sind geeignet, Wasser in den Wein der Freude zu gießen, einmal der Vergleich mit dem Umfang des Schiffsverkehrs in der Vorkriegszeit und dann die Zusammensetzung der Handelsflotte nach Nationalitäten. Die deutsche Volkswirtschaft bedarf heute der Einfuhr von Rohstoffen und Fabrikaten, während andererseits eine ausreichende Einfuhr nur möglich ist durch eine entsprechende Ausfuhr deutscher Waren. Die Gegenüberstellung der Jahre 1920 und 1913 gibt also in wenigen Zahlen ein klares Bild von den ungeheuren Versorgungsschwierigkeiten für den Lebensunterhalt und die Beschäftigung des deutschen Volkes. Jedoch noch ein zweiter Umstand beweist uns die bitteren Tatsachen, daß sich alle Grundlagen unseres Lebens verändert haben. Während nämlich im Jahre 1913 die deutsche Warenein- und ausfuhr nach bezw. von Übersee zum größten Teile auf einheimischen Schiffen erfolgte, herrschen in unseren Häfen heute die fremden Flaggen. Von den 56 Linien, die Ende September von Hamburg aus den Weltverkehr wieder vermittelten, wurden 45 von fremden Reedereien betrieben. Im Jahre 1914 war das Verhältnis 128 deutsche von 181 regelmäßigen Linien. Nur ganz vereinzelt entdeckt das suchende Auge im ungeheuren Hamburger Hafen die deutsche Flagge. Der britische Union Jack und das amerikanische Sternenbanner herrschen vor; daneben sieht man viel die Farben Hollands und der skandinavischen Länder.

Aber wenn irgendwo, so wird auch hier der stählerne Wille zur Tat. Hanseatische Steifnackigkeit und hanseatischer Wagemut sind nicht zu brechen. Kaum glaubte man jenseits des Kanals triumphierend über die Vernichtung des deutschen Rivalen um das blaue Band des Ozeans aufatmen zu dürfen, da erlaubten sich die beiden größten deutschen Schiffahrtsgesellschaften, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, der Welt ihre Wiederauferstehung anzuzeigen. Amerikanischer Geschäftssinn und amerikanischer Schiffsüberfluß verbanden sich deutscher Organisationskunst und deutschem Schiffspersonal und schlossen die bekannte amerikanisch-deutsche Schiffahrts-Interessengemeinschaft. Wirklich „leben" kann die deutsche Schiffahrt aber erst, wenn sie wieder den eigenen guten deutschen Werften Material und Kohlen zur Verfügung stellt, damit Schiffe gebaut werden können. Dann wird die deutsche Handelsflotte wieder ihren Weg nach aufwärts nehmen und von der heutigen 12. Stelle unter den seefahrenden Nationen wieder wenigstens an die dritte Stelle gelangen.

Berlin ohne Kraft und Licht.

Berlin, 6. November.

Als die Berliner heute früh aufstanden, wartete ihrer eine große, keineswegs angenehme Überraschung. Keine elektrische Straßenbahn zeigte sich, vergebens drehten die Hände am Lichtschalter, die Birnen blieben dunkel und in den Betrieben gab es keinen Strom, um die Maschinen in Gang zu setzen und damit die Arbeit aufnehmen zu können.

Ein in der Nacht zum Ausbruch gekommener Streik der Elektrizitätsarbeiter hatte mit einem Schlage das öffentliche Leben wenigstens teilweise zum Stillstand gebracht. Die Ursachen zu der so unvermutet hereingebrochenen Katastrophe waren Lohnforderungen der städtischen Arbeiter. Der Einigungsausschuß hatte am Donnerstag einen Schiedsspruch beschlossen, der folgendermaßen lautete: „Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter erhalten 50 Pfennig die Stunde mehr. Der im Tarif vorgesehene Begriff „Schwerarbeiter" fällt weg. Alle übrigen städtischen Arbeiter erhalten 20 Pfg. die Stunde mehr. Ausgenommen von der Lohnerhöhung sind die in Kost und Logis befindlichen Arbeiter und die Jugendlichen bis zu 17 Jahren." Die Zugeständnisse belasteten die Stadt jährlich mit einem Mehraufwande von 44 Millionen Mark. Es wurde beabsichtigt, die Straßenbahntarife sowie die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität abermals zu erhöhen, um diese neue Ausgabe decken zu können. Der Schiedsspruch befriedigte die Arbeiter nicht. Die Arbeiterfunktionäre haben ihn allerdings angenommen. Die Arbeiter aber haben Urabstimmung über den Schiedsspruch verlangt, und eine Versammlung der Elektrizitätsarbeiter am Freitag abend beschloß den Streik, der also als ein wilder anzusehen ist. Da sämtliche Werke, darunter auch das Rummelsburger Kraftwerk, streiken, wird auch die Stromversorgung von Golpa-Bitterfeld unterbunden. Man hatte in der Versammlung ursprünglich den Vorschlag gemacht, die Stromerzeugung sofort einzustellen, doch wurde der Einwand gemacht, daß dadurch sämtliche Straßenbahnwagen auf den Straßen bleiben würden. Nach Vereinbarungen mit dem Betriebsrat der Straßenbahn entschloß man sich, die Wagen in die Depots zurückkehren zu lassen und um drei Uhr nachts die Betriebe zu verlassen.

Die Haltung der Gemeindearbeiter nach dem Schiedsspruch ist auch nach Ausrufung des Streiks nicht einheitlich — wenigstens nicht bis zur heutigen Mittagsstunde. Sämtliche Wasserwerke, soweit sie nicht wegen Strommangel den Betrieb einstellen mußten, arbeiten weiter; ebenso arbeiten die Gaswerke. Über die Stellungnahme zum Schiedsspruch wird eine Abstimmung in den Wasserwerken stattfinden, das Ergebnis der Abstimmung ist jedoch voraussichtlich nicht vor Sonntag zu erwarten.

Einstellung des Fernsprechbetriebs.

Schon am frühen Morgen waren einige Ämter gezwungen, wegen mangelnden Stromes ihre Tätigkeit einzustellen. Gegen Mittag folgten mehrere andere und man befürchtet, daß im Laufe des Tages der gesamte Fernsprechbetrieb zum Erliegen kommen wird. Die Bemühungen der Streikleitung der Elektrizitätsarbeiter, auch die Arbeiter in den Vorort-Elektrizitätswerken in die Bewegung hineinzuziehen, haben zum Teil Erfolg gehabt. Vormittags haben die Arbeiter der städtischen Werke in Neukölln und Lichtenberg die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter des Südwestwerkes, das die westlichen Vororte, Schöneberg und Wilmersdorf versorgt, haben es abgelehnt, den wilden Streik mitzumachen. Das Charlottenburger Elektrizitätswerk ist zur Stunde ebenfalls noch in Betrieb.

Ein Kommunist als Streikführer.

Von amtlicher maßgebender Stelle wird einem Mittagblatt erklärt, daß der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter auf die Hetze des Kommunistenführers Sylt zurückzuführen ist, eines von russischem Gelde lebenden Menschen. Die gesamten Arbeiterführer sowie alle Gewerkschaften sprechen sich gegen diesen wilden Streik aus. Man erwartet, daß die Technische Nothilfe noch im Laufe des Tages eingreifen wird. In den Krankenhäusern traten schon heute früh erhebliche Störungen ein. Ohne Eingreifen der Technischen Nothilfe würden jedoch von Sonntag ab Operationen u. a. nicht mehr vorgenommen werden können.

Contessa Jolandas seltsame Heirat.

Ein Roman aus der römischen Gesellschaft.
Von A. Boettcher.

48) (Nachdruck verboten.)

Die Brautmutter, deren hagere Figur in einem kostbaren, schwarzen, über und über mit Spitzen und Schmelz besetzten Seidenschleppkleide steckt, ist ganz verschüchtert von all dem Glanz ringsum. Ihre einfache Seele kann es noch nicht fassen, daß diese strahlende Braut dort, der zu huldigen die Höchsten des Landes erschienen sind, ihre Tochter ist — ihre kleine Jolanda, die im Schulhof die Hühner fütterte und mit der alten tauben Magd spazieren ging.

„O, möge der Allmächtige sie segnen! Möge er ihr Glück in ihrer Ehe schenken bis an ihr Lebensende!"

Und die Lehrerswitwe faltet nassen Auges die Hände und betet gläubig und inbrünstig.

Die Gedanken der schönen Braut selbst weilen nicht bei Gott und dem Segen des Himmels. Ihr ganzes Denken und Empfinden konzentriert sich auf den einen Punkt: in wenig Minuten bin ich eine „Fürstin"!

Verstohlen späht sie über den sie umgebenden Kranz von Brautjungfern hinweg nach der glänzenden Versammlung. Sie schwelgt in Stolz und Genugtuung an diesem erhabensten Moment ihres Lebens.

Dort in der vordersten Reihe sitzt die Herzogin Ludovisi. Jolanda hat ihr eigenhändig eine Einladung geschickt; sie vor allen muß Zeugin ihres Triumphes sein.

Und wieder wie damals in der Blumenausstellung begegnen sich die Blicke der beiden Frauen und bohren sich ineinander. In den dunklen Augen der Herzogin zuckt es auf wie ein Blitz. Ist es nur Neid oder Haß? Nein. Etwas anderes funkelt aus ihnen, etwas unheimlich Triumphierendes, unersättlich Grausames. Kalt überrieselt es Jolanda; unwillkürlich senkt sie die Lider vor diesem flammenden Blick.

Alles ist bereit. Der Erzbischof wartet.

Nur der Bräutigam fehlt noch.

Suchend blickt die Braut nach dem Haupteingang.

Aber auch die Augen der Herzogin irren umher.

Warum kommt der Bräutigam nicht? Was ist passiert? In Silvia Ludovisis stolzen Zügen prägt sich lebhafte Unruhe aus. Ist sie so sehr besorgt um das Glück der jungen Braut? ...

Da — endlich — endlich kaucht die vornehme Erscheinung des Fürsten im Hauptportale auf. Mit festem Schritt durchmißt er den langen Hauptgang bis zur Seitenkapelle, in dem die Hochzeitsgesellschaft seiner harrt. Er sieht weder nach rechts noch links. Wie gebannt hängen seine Blicke an der weißen Gestalt der Braut dort vor dem Altar.

Allgemeines Erstaunen. Weshalb kommt der Fürst allein? Weshalb nicht an der Seite seines Freundes, des Grafen San Martino? ...

Doch zum [illegible]ken und Verwundern ist jetzt keine Zeit. Denn schon nähert sich das Brautpaar dem Altar.

Die heilige Handlung beginnt ...

Gleich einer Vision taucht noch einmal vor Jolandas geistigem Auge ein blondbärtiges Männergesicht auf, das sie v[illegible] voll, traurig anblickt.

Doch nur wenige Sekunden. Dann wendet sie entschlossen das Antlitz dem fürstlichen Bräutigam zu, der neben ihr kniet. Sie sieht, was niemand außer ihr bemerkt, das mühsam zurückgehaltene konvulsivische Zucken der leicht gebeugten Gestalt.

Nun legt der Erzbischof ihre Hände ineinander. Die Finger des Bräutigams [illegible] und kalt.

Die Ringe werden gewechselt, der Segen gesprochen.

Orgelklang ertönt. Die mächtigen Glocken erdröhnen — —

Die beiden gehören einander an, in guten wie in bösen Zeiten!

Am Arm ihres Gatten verläßt die „Fürstin Barsescu" die kleine Seitenkapelle.

In diesem feierlichen Augenblick draußen vor dem Hauptportal erregter Wortwechsel. Ein großer blonder Mann will sich den Eintritt erzwingen — totenbleich, atemlos. Die wie eine Mauer stehende Menge hindert ihn daran.

„Macht Platz! Um Himmelswillen, laßt mich durch!" ruft er in höchster Erregung. „Die Trauung darf nicht stattfinden!"

Da fällt sein Blick auf das junge Paar, das Arm in Arm sich langsam dem Ausgang nähert.

„Zu spät!" murmelt er heiser. „Barmherzigkeit!"

Gefolgt von den Hochzeitsgästen, verlassen die Neuvermählten den St. Petersdom.

Plötzlich erbleicht die junge Fürstin. In der sie umdrängenden Menge bemerkt sie Winfried Rodens Gesicht. Und aus seinen blauen Augen, die er in stummem Entsetzen auf sie gerichtet hat, zittert Todesangst.

Jetzt schreitet das Paar die breite Treppe hinab. Unter jubelnden Hochrufen besteigt es den pompösen, silberbeschlagenen Hochzeitswagen.

Heftiger Regen strömt hernieder. Ein furchtbarer Windstoß rüttelt an dem Eingangsportal des Domes.

Und jetzt — ein jäh aufzuckender Blitz, gefolgt von dröhnendem Donnerschlag — —

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Entente und Selbstschutzorganisationen.** In einer Note an die Reichsregierung verlangt die Heeres-Kontrollkommission der Entente, daß ihr von denjenigen Maßnahmen Mitteilung gemacht wird, die die deutsche Regierung zu treffen gedenkt: 1. Um die Entwaffnung der „Selbstschutzorganisationen" zu beschleunigen, 2. Um die Auflösung und Beseitigung dieser Formationen sicherzustellen. Sie ersucht ferner, ihr sobald als möglich mitzuteilen. a) die Gesamtsumme der von den „Selbstschutzorganisationen" angemeldeten Waffen, b) die Gesamtsumme der „schweren Waffen", die von diesen Organisationen abgegeben worden sind.

✚ **Einsetzung eines nationalen Trauertages.** Für die im Kriege Gefallenen wird als Gedenktag die Einführung eines nationalen Trauertages in parlamentarischen Kreisen ernsthaft erwogen. Ein dahingehender Antrag der Parteien ist in Vorberatung.

✚ **Die Abstimmung in Oberschlesien** wird nach einer Mitteilung des internationalen Ausschusses in Oppeln Mitte April stattfinden. Die Besatzungstruppen sollen für die Zeit der Abstimmung verstärkt werden, da man Unruhen nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses befürchtet. Die Abstimmung wird in den deutschen Kreisen Oberschlesiens als keine leichte Arbeit angesehen, da die Polen, die früher von ihren Stammesbrüdern im eigentlichen Polen nichts wissen wollten, heute sehr nationalistisch gesinnt sind und keine Anstrengungen scheuen, sich dem alten Vaterlande Polen anzuschließen.

✚ **Keine Schließung von Universitäten.** Die von Zeit zu Zeit in der Presse immer wieder auftauchende Meldung, wonach eine Schließung deutscher Universitäten beabsichtigt sei, entbehrt jeglicher Begründung. Weder seitens des preußischen Kultusministeriums noch von seiten irgendeiner andern maßgebenden behördlichen Stelle ist eine Schließung der Universitäten beabsichtigt.

× **Baldiger Friedensschluß mit Deutschland.** Man meldet aus Newyork, daß der Versailler Friedensvertrag dem Senat nicht wieder vorgelegt werden wird. Der neue Kongreß wird vielmehr unmittelbar nach seinem Zusammentritt eine Erklärung über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland abgeben.

× **Hardings Mehrheit.** Im ganzen sind bei der Präsidentenwahl etwa 28 Millionen Stimmen abgegeben worden, darunter 9 Millionen Frauenstimmen. Hardings Mehrheit beträgt rund fünf Millionen Stimmen. Ferner heißt es in einem Glückwunschtelegramm an Harding, 6 Millionen Amerikaner deutscher Abkunft hätten für ihn gestimmt.

Amerika.

× **Wilsons Rücktritt gefordert.** Die Stimmen mehren sich, die eine sofortige Abdankung Wilsons verlangen. Sogar aus seinem eigenen Lager kommen solche Vorschläge. So rät Bryan, daß Marshall den Präsidenten vertreten könnte, der dann Harding zum Staatssekretär ernennen müßte, und darauf selbst zurücktreten müßte, so daß Harding auf diese Weise automatisch sofort die Präsidentschaft antreten könnte. Im Kongreß würde Harding einen Plan vorlegen, wonach die Vereinigten Staaten einem Nationenbund beitreten wollten, der den Frieden der Welt garantiere, und zwar könnte dieser Bund so gestaltet werden, daß selbst Wilson sich darüber freuen würde.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichskanzler **Fehrenbach** und Minister Dr. Simons werden am 14. November, einer Einladung der Städte Köln und Düsseldorf folgend, eine auf drei Tage berechnete Reise ins Ruhrgebiet und die benachbarten Teile des besetzten Gebietes antreten.

München. Nach einem Telegramm aus Wien hat die Wiener Ententekommission den Rückflug der drei Rumplerflugzeuge nach München mit der Begründung verboten, daß die Entscheidung der Berliner Ententekommission abgewartet werden müsse.

München. Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages wurde der von der U. S. P. beantragte Gesetzentwurf betreffend die Amnestie für politische Vergehen, mit den Stimmen der bürgerlichen gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien abgelehnt.

Rotterdam. Man meldet aus Brüssel, daß die Kommission für die Wiedergutmachungsfrage ungefähr am 20. November in Brüssel zusammentreten wird.

Paris. Wie der „Intransigeant" zu wissen glaubt, ist mit einer Erhöhung der Eisenbahntarife in Frankreich zu rechnen.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 9. November.

Sonnenaufgang	7^{13}	Mondaufgang	5^{48} V.
Sonnenuntergang	4^{15}	Monduntergang	3^{11} N.

1918 Abdankung des deutschen Kaisers. — Ausrufung der sozialistischen Republik Deutschland.

□ **Der November als Winterprophet.** Der Monat November ist nach allgemeiner Ansicht von besonderer Vorbedeutung für den kommenden Winter. Bringt er frühzeitig große Kälte, dann kündet er in der Regel einen gelinden Winter an, während umgekehrt ein milder, sonniger November einen strengen, langanhaltenden Winter anzeigt; denn: „Blüh'n im November die Bäume aufs neu, dann währt der Winter bis zum Mai"; desgleichen: „Sitzt November fest im Laub, wird der Winter hart, das glaub'"; und: „Sperrt der Winter zu früh das Haus, hält er sicher nicht lange aus." „November tritt oft hart herein, braucht nicht viel dahinter zu sein." „Ein heller, kalter November gibt Regen und milde Luft im Dezember." „Bringt St. Martin (11.) Sonnenschein, tritt ein kalter Winter ein."

Warmbrunn.

* **Katholischer Gesellenverein. Die Gedenkfeier für die Gefallenen findet heut Montag abend nicht 7,15, sondern um 8,15 im „Weißen Adler" statt.**

* **Hausfleißverein. Der Hausfleißverein für das Riesen- und Isergebirge Warmbrunn veranstaltet anläßlich seiner diesjährigen Weihnachtsausstellung eine Gemäldeausstellung heimischer Künstler und Künstlerinnen; der letzte Einlieferungstermin ist der 15. November 1920. Man hofft damit, vielfachen Wünschen Rechnung zu tragen und einen jedem Kunstfreund gewiß interessanten Ueberblick über das heimische Kunstschaffen zu geben. Eine recht zahlreiche Beteiligung unserer Künstler ist erwünscht, um so unter den eingesandten Arbeiten das beste auslesen zu können. Der Sachverständigenbeirat wird die Arbeiten richten und für eine gute Plazierung Sorge tragen.**

* **Deutsches Landestheater in Bad Warmbrunn Im heutigen Anzeigenteil interessiert vor allem ein Inserat. Der Name „Jung-Heidelberg ist da zu lesen, und Erinnerungen an ein anderes, liebgewordenes Stück tauchen in den meisten Lesern auf. „Jung-Heidelberg" ein fröhliches Spiel in 4 Akten von Dr. Theo Marx und Friedrich Förster ist in der Tat eine Fortsetzung von „Alt-Heidelberg", das jetzt seinen Siegeslauf über die deutschen Bühnen weiterträgt. Dreißig Jahre liegen zwischen den Geschehnissen beider Werke, und manche liebgewordene Gestalt tritt uns gereift und geläutert entgegen. Aber noch mehr junges Leben ist herangeblüht, dessen Schicksale Gegenwart und Vergangenheit miteinander verknüpfen. Humor und Ernst kommen in glücklichster Mischung zu ihrem Rechte. Ein Werk, das wie kaum ein zweites geeignet ist, in dieser schweren Zeit einige Stunden freundlich zu erhellen. Wir verweisen noch auf die Plakate und Inserate. Die Aufführung findet am Sonntag, den 14. d. Mts. in der Galerie statt.**

Herischdorf.

Wir haben Gelgenheit, von dem Landesfinanzamt eine Anzahl

zerlegbarer Baracken

zu erwerben.

Wer auf solche reflektiert, wolle sich die Bezugsbedingungen in unserer Ortskanzlei ansehen und Bestellungen abgeben und zwar in der Zeit bis zum 15. d. Mts.

Eintragungen von Wasserrechten in das Wasserbuch.

Nach § 380 des Wassergesetzes vom 7. 4. 1913 erlöschen die Rechte, einen Wasserlauf in der in § 36 bezeichneten Art zu benützen, 10 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, wenn nicht vorher ihre Eintragung in das Wasserbuch beantragt worden ist. Die Interessenten werden darauf besonders aufmerksam gemacht. Auskünfte über die Art der anzumeldenden Rechte können im Gemeindeamt eingeholt werden.

Herischdorf, den 5. November 1920.

Der Gemeindevorstand:
Feeser.

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 28. Oktober cr. und unter Bezugnahme auf § 3 des Beschlusses des Kreisausschusses betr. die Fortbildungsschulpflicht im Kreise Hirschberg, sowie auf Grund der Verfügung des Herrn Landrats in Hirschberg vom 30. Oktober 1920 — W. 824 — haben auch die Fortbildungsschulpflichtigen der Gutsbezirke Warmbrunn und Herischdorf die ländliche Fortbildungsschule in Herischdorf zu besuchen.

Ich ersuche daher die sämtlichen jungen Leute dieser Gutsbezirke, welche aus der Volksschule entlassen sind und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sich am **Donnerstag, den 11. November cr., abends 7 Uhr** im Schullokale, d. i. die Winterschule in Herischdorf im Kreisgute einzufinden und zwar mit sauberem Gesicht, reingewaschnen Händen und in reinlicher Kleidung.

Unentschuldigtes Ausbleiben zieht Bestrafung der Fortbildungsschulpflichtigen, sowie auch der Eltern, Vormünder und Arbeitgeber nach sich. Letztere sind verpflichtet, ihre Fortbildungsschulpflichtigen Söhne, Mündel oder Arbeitnehmer zum Schulbesuch anzuhalten und anzumelden.

Gleichzeitig erinnere ich hiermit nochmals daran, daß auch sämtliche in Gärtnereien beschäftigte Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter zum Fortbildungsschulbesuch verpflichtet sind. Ich mache daher die Herren Gärtner aus den Orten Warmbrunn und Herischdorf aufmerksam, der Anmeldepflicht ihrer Arbeitnehmer nachzukommen, andernfalls sie ihre Bestrafung zu gewärtigen haben.

Zum Besuche der ländlichen Fortbildungsschule sind verpflichtet die jungen Leute aller Berufe, sofern sie nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben und sofern sie nicht eine gewerbliche Fortbildungs- oder Fachschule, bezw. die landw. Winterschule besuchen oder das Zeugnis zum einjährig-freiwilligen Militärdienst besitzen.

Wer nunmehr den Unterricht versäumt, oder wer dazu verpflichtet ist und dennoch die vorgeschriebene Anmeldung unterläßt, wird unnachsichtlich bestraft.

Herischdorf, den 5. November 1920.

Der Vorsitzende des Kuratoriums der ländlichen Fortbildungsschule.
Feeser.

Aus dem Gerichtssaal

§ **Geldstrafe in Schweizer Währung.** Das Leipziger Schöffengericht verurteilte den Großkaufmann Gustav Meyerstein wegen Konterbande zu 30 000 Frank Geldstrafe. Er hatte im November vorigen Jahres für 15 000 Frank Textilwaren in St. Gallen eingekauft und nach Mainz gebracht, wo er 6000 Mark Zoll bezahlte. Die Reichsüberwachungsstelle beschlagnahmte die Ware. Das Gesetz sieht, wenn auf Geldstrafe erkannt wird, als Mindestsatz das Doppelte des Einkaufspreises vor. Diese Bestimmung fand Anwendung, und das Urteil lautete auf 30 000 Frank Schweizer Währung.

Nah und Fern.

o **Keine Schließung deutscher Universitäten.** Zu den Gerüchten, daß das preußische Kultusministerium beabsichtige, in der nächsten Zeit eine Reihe von Universitäten zu schließen, wird mitgeteilt, daß die preußische Staatsregierung diesen Nachrichten entgegentritt. Es wird ausdrücklich betont, daß zu einer Schließung der Universitäten Greifswald, Halle und Marburg keine Veranlassung besteht.

o **Dr. Wyneken fälschlich beschuldigt.** Der bekannte Schulreformer Dr. Wyneken sollte, wie jüngst berichtet wurde, sich in der Freien Schulgemeinde Wickersdorf, wo er wirkte, an zwei Schülern sträflich vergangen haben und deshalb aus dem Schuldienste entlassen und zur Anzeige gebracht worden sein. Von der Lehrer- und Schülerschaft der Gemeinde wird diese Beschuldigung jetzt als Produkt böswilliger Verleumdung bezeichnet.

o **Ein ehemaliger Abgeordneter vermißt.** Seit dem 26. September wird Justizrat Dr. Ludewig aus Erfurt, der frühere demokratische Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung, vermißt. Auf seine Auffindung ist eine Belohnung von 3000 Mk. ausgesetzt worden. Der Vermißte war seit längerer Zeit krank.

o **Der Leutnant als Großdieb.** Aus Paris wird gemeldet: Der deutsche Leutnant Lepper, der seinerzeit nach Unterschlagung von 750 000 Frank mit seiner Geliebten aus Paris geflüchtet und in San Sebastian festgenommen worden war, ist nunmehr hierher gebracht worden. Bei seinem Verhör vor dem Untersuchungsrichter hat Lepper eingestanden, daß er zum Schaden der deutschen Kriegsgefangenenkommission jenen Diebstahl begangen und fast die ganze Summe des veruntreuten Geldes beim Rennen verspielt habe.

o **Die Beraubung der Heiligen.** Bei der Beraubung des Sarges der Heiligen Elisabeth in der Elisabethkirche zu Marburg haben die Diebe 193 Edelsteine und 12 Perlen im Werte von zwei Millionen Mark erbeutet. Außerdem wurden wertvolle Filigranarbeiten gestohlen. Der historische Wert der Gegenstände ist sehr groß.

o **Dreißig Millionen Schaden beim Brand von Döberitz.** Das Großfeuer im Döberitzer Proviantamt ist auf Brandstiftung zurückzuführen. Der Schaden beträgt rund dreißig Millionen Mark, da in den niedergebrannten Baulichkeiten ungeheure Mengen Lebensmittel und Bekleidungsstücke, die für eine ganze Division ausreichend waren, vernichtet wurden. Die Baulichkeiten nebst Inhalt waren erst am 10. Oktober vom Reichswehrministerium der Zivilverwaltung übergeben worden.

o **Großfeuer in einer Braunkohlengrube.** Der Tagebau der Braunkohlengrube „Marianne" bei Kleinleipisch (Provinz Sachsen) steht seit mehreren Tagen in Flammen. Das Kohlenflöz ist durch Funkenflug einer Lokomotive entzündet worden. Mehrere Baulichkeiten und Betriebsschuppen sind vernichtet. Der Schaden ist sehr groß.

o **Ausdehnung der Heidebrände in Hannover.** Die großen Wald- und Heidebrände in der Lüneburger Heide nehmen an Umfang noch zu. Jetzt wird wieder von Bränden berichtet, die einen Umfang von 2100 Morgen haben. Es sind große Nutzholzbestände vernichtet worden.

o **Der Paulinenschmuck und der Fürst von Lippe.** Gegen den vor einiger Zeit erfolgten Verkauf des sogenannten lippeschen Paulinenschmuckes, der für 800 000 Mark in den Besitz eines Berliner Juweliers übergegangen ist, hat der ehemalige Fürst von Lippe beim Landespräsidium von Lippe Verwahrung einlegen lassen. Das Landespräsidium hatte den Testamentsfall für gegeben erachtet, wonach der Schmuck veräußert werden kann, wenn kein rechtmäßiger Erbe mehr vorhanden ist.

o **Treibeis auf der Elbe.** Infolge des anhaltenden Ostwindes hat sich der Wasserstand der Elbe auf der unteren Stromstrecke in der Nähe von Hamburg derart gesenkt, daß es an schlechten Stellen bereits zu Schiffahrtsstockungen gekommen ist. Die Situation hat sich dadurch verschärft, daß sich in der Elbe Treibeis gebildet hat, das namentlich der festliegenden Schiffahrt gefährlich zu werden beginnt. Von Hamburg aus werden angesichts der ungünstigen Wasser- und Witterungsverhältnisse Expeditionen zu Berg vorläufig nicht mehr vorgenommen.

o **Feuerüberfall auf einen Bahnhof.** Auf das Bahnhofsgebäude Tarnau an der Strecke Oppeln—Peiskretscham wurde ein nächtlicher Feuerüberfall gemacht. Zwanzig Schüsse wurden auf die Wohnung des Stationsvorstehers abgegeben. Vermutlich handelt es sich um einen Racheakt. Der Vorsteher war in der letzten Zeit streng gegen blinde Passagiere vorgegangen.

o **Schmuggelwesten.** In Radolfzell hat die Polizei vier Holländer festgenommen, von denen jeder in sogenannten Schmuggelwesten 25 Kilogramm holländisches Silbergeld bei sich trug. In deutscher Währung handelt es sich um nahezu 500 000 Mark. Außerdem trugen sie eine große Menge deutscher Banknoten bei sich, die vor dem Kriege ausgegeben worden waren. Das Geld sollte nach der Schweiz verschoben werden. Im Zusammenhang damit dürfte die Verhaftung eines Holländers stehen, der in einem Automobil von Singen nach Schaffhausen gekommen war und dort übernachten wollte. Ihm und einem anderen in seiner Begleitung befindlichen Herrn wurden 67 000 meist belgische Fünffrankenstücke abgenommen.

o **Tod eines berühmten Sängers. In Berlin starb** an den Folgen eines Schlaganfalls im Alter von 56 Jahren der Kammersänger Paul Knüpfer. Der Verstorbene, ein hervorragender Bassist und einer der größten Gesangskünstler Deutschlands, war viele Jahre hindurch eine Zierde des Berliner Opernhauses.

o **Schließung deutscher Universitäten? Auf der in** Dortmund abgehaltenen Versammlung des Märkischen Landesverbandes alter Schwarzburgbündler wurde mitgeteilt, daß man in Preußen aus Sparsamkeitsgründen mehrere Universitäten schließen wolle. In erster Linie werden Halle, Greifswald und Marburg genannt. Auch Rostock und Gießen sollen als gefährdet gelten. Sehr glaubhaft klingt diese Nachricht nicht.

o **Verkehrsstockung im Hamburger Hafen.** Aus Hamburg wird berichtet: Infolge des anhaltenden Frostwetters und der Eisbehinderung ist der gesamte inländische Binnenschiffahrtsverkehr zum Stillstand gekommen. Die Binnenschiffahrt stockt sowohl elbaufwärts wie elbabwärts. Da man mit einem Witterungsumschlag rechnet, so bleibt die Besatzung der Schiffe vorläufig an Bord.

o **Überschwemmungen in Südfrankreich.** Die Überschwemmungen in Südfrankreich dauern an und richten großen Schaden an. In Florençat hat das Wasser die Straßen überschwemmt und geht bis zum ersten Stock der Häuser. Zahlreiche Häuser mußten von den Bewohnern geräumt werden. Der wolkenbruchartige Regen dauert fort.

o **Ein politisches Duell.** Der ungarische Abgeordnete Ereky hat nach einem Redekampf den ungarischen Finanzminister Koranyi zum Duell gefordert. Der Minister hat angenommen und als seine Sekundanten den Feldmarschalleutnant Stephan von Horthy und den Abgeordneten Grafen Szechenyi namhaft gemacht.

o **Klaviersteuer in der Provinz Sachsen.** Der Provinzialrat in Magdeburg hat entschieden, daß den Gemeinden in der Provinz Sachsen das Recht der Einführung einer Klaviersteuer zustehe. Diese Steuer ist gar nicht so übel erdacht.

o **Deutscher Marmor?** In den Kalksteinbrüchen am Rande der Stadt Elberfeld wurde ein Gelände von $3\frac{1}{2}$ Morgen Marmor gefunden, der in drei Sohlen von 150 Meter Tiefe lagert. Nach dem Urteil von Sachverständigen handelt es sich um hochwertigen Marmor, ähnlich dem von Carrara. Mit der Ausbeute befaßt sich bereits eine Gesellschaft, die über erhebliche Mittel verfügt.

Raubmord. In Bremen wurde die Näherin Marie Rappmunt in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Als mutmaßliche Täter wurden ein Russe und seine Frau, eine frühere Freundin der Rappmunt, festgenommen. Den Erhebungen zufolge dürfte es sich um einen Raubmord handeln.

Dringende Telegramme nach Nordamerika. Seit dem 1. November können Telegramme nach Nordamerika auf der europäischen Beförderungsstrecke bis London dringend befördert werden.

Fleischschmuggel von Bayern nach Preußen. Der Fleischschmuggel von Bayern nach Norddeutschland nimmt in Oberfranken außerordentlich zu. In den letzten Tagen wurden im Spessartgebirge rund 800 Zentner Fleisch beschlagnahmt. Daß man nach Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Fleisch auch von einem Fleischschmuggel innerhalb Deutschlands reden kann, mutet etwas seltsam an.

Ein Denkmal des deutschen Vormarsches. Den Pariser Blättern zufolge wurde auf dem Kirchhof in Louvres im Kanton Lumarches, 10 Meilen nordöstlich von St. Denis, ein Denkmal errichtet, um diese Stelle als den weitesten Punkt des deutschen Vormarsches von 1914 für alle Zeiten zu kennzeichnen.

Das Rattenschiff. Der Dampfer „Leviathan", früher „Vaterland", gerät immer mehr in traurigste Verwahrlosung und nicht mehr aufzuhaltenden Verfall. Das Schiff ist eine Beute unabsehbarer Rattenschwärme geworden, die infolge Nahrungsmangels zum größten Teile tollwütig sind und Mensch und Tier das Verbleiben auf dem Dampfer unmöglich machen. Die kostbare Ledereinrichtung des Dampfers ist überall angefressen und unbenutzbar gemacht.

Feldzug gegen Berliner Hotels.

Berlin, 4. November.

Mit einem Aufgebot von 50 Kriminalbeamten eröffnete die Polizei gestern ganz plötzlich einen Kleinkrieg gegen einige der bekanntesten Berliner Hotels, Gaststätten und Kaffeehäuser. Der Angriff richtete sich gegen die Betriebe der Hotelbetriebs-Aktien-Gesellschaft, das Eden-Hotel und ein Luxusrestaurant im vornehmsten Berliner Westen.. In allen diesen Betrieben erschienen Polizeibeamte, um im Auftrage der Staatsanwaltschaft die Räume zu durchsuchen. Ganz genau weiß man noch nicht, was eigentlich festgestellt werden sollte, und man kann nur vermuten, daß man den besetzten Hotels Verfehlungen gegen die Schleichhandel- und Wucherverordnungen nachweisen zu können glaubte, obwohl es ja, nachdem die Zwangswirtschaft fast restlos abgebaut ist, nicht mehr viele Dinge gibt, die man „hintenherum" zu erstehen braucht, um sie zu besitzen. Die Durchsuchung wurde in bemerkenswert rigoroser Weise durchgeführt, und an mehreren Stellen wurden die Leiter der betroffenen Betriebe stundenlang wie Gefangene festgehalten und an jedem Verkehr mit der Außenwelt gehindert. Ja, an einer der betroffenen Gaststätten, im Eden-Hotel, wurde der Direktor, ein früherer Kellner, der sich emporgearbeitet hat, sogar regulär verhaftet, weil er in den letzten fünf Monaten für mehr als eine Million Mark Schleichhandelsware — vor allem Butter, Zucker, Mehl usw. — erworben haben soll.

Die Ergebnisse der Durchsuchung scheinen ein bißchen mager gewesen zu sein. Die Kriminalbeamten haben nichts Staatsgefährliches gefunden, mit Ausnahme von neun Sack Zucker, die in einem der Betriebe der Hotelbetriebs-Gesellschaft (zu der das Hotel Bristol, das Zentralhotel, das Café Bauer, die Konditorei Kranzler und die Restauration des Zoologischen Gartens gehören) ermittelt wurden. Aber — o Polizeipech! — diesen verdächtigen Zucker hat die Gesellschaft vor kurzem für schweres Geld rechtmäßig von der — Reichszuckerstelle gekauft.

Die bekriegten Hotels führen das Vorgehen der Polizei auf anonyme Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft zurück. Es ist nicht das erstemal, daß gerade die Hotelbetriebs-Gesellschaft so scharf aufs Korn genommen wird. Man bezichtigte besonders die Konditorei Kranzler und das Café Bauer „furchtbarer" Übertretungen des Kuchenbackverbots, aber es ist nicht schwer nachzuweisen und wurde auch nachgewiesen, daß dieses Verbot in fast allen Berliner Konditoreien und vor den Augen der Polizei Tag für Tag übertreten wird.

Vermischtes.

Frauen im amerikanischen Wahlkampf. In den Kämpfen, die der Wahl des amerikanischen Präsidenten vorangehen, spielen gewöhnlich die Frauen keine unbedeutende Rolle. Meist greifen sie zu den auffälligsten Agitationsmitteln, und bei der letzten Präsidentenwahl trat sogar die Jungfrau von Orleans selbst auf und nahm für die republikanische Partei am Kampfe teil. In schimmernder Rüstung ritt eine junge Dame auf feurigem Roß herum, stellte sich als Jeanne d'Arc vor und hielt eine Rede, in der sie mehr oder minder geschickt eine Brücke vom Mittelalter zur Gegenwart schlug. Ein anderer weiblicher Agitator ritt auf einem schneeweißen Pferd in Indiana umher und sang vom Sattel Huldigungslieder zu Ehren Roosevelts. Das größte Aufsehen erregte indessen eine Dame, die mit einem dressierten Bären umherzog. Der Bär konnte aus einem Kasten die Buchstaben holen und zusammenfügen, die den Namen des Präsidentschaftskandidaten bildeten.

Die verkannte rote Flagge. Vor kurzem lief im Hafen von Buenos Aires der Dampfer „Belluno" ein, der am Heck die italienische Flagge, am Hauptmast aber eine lange rote Fahne zeigte. Man sah in dem Hissen der roten Flagge eine bolschewistische Demonstration, die besonders von der amerikanischen gelben Presse als eine Herausforderung betrachtet wurde und Anlaß zu einem gewaltigen Entrüstungssturm gab, der sich auf telegraphischem Wege alsbald von Argentinien bis in die Union verbreitete. Die Sache fand indessen bald ihre harmlose Aufklärung durch einen Brief, den der italienische Gesandte an die „Newyork-Times" richtete. Er wies darauf hin, daß die „Belluno" gar nicht die Flagge der Sowjets, sondern einfach die des Bundes Garibaldi gehißt hatte, die im roten Felde den Namen des italienischen Nationalhelden trägt. Damit war denn auch der Sturm im Wasserglase glücklich beschworen.

England monopolisiert den Tierhandel. Eine Gesellschaft, die den Zweck verfolgt, den Tierhandel der ganzen Welt in einer Hand zu vereinigen, ist in London mit der Absicht gegründet worden, das Monopol zu brechen, das Deutschland vor dem Kriege auf diesem Gebiet besaß. Die neue Gesellschaft will den zoologischen Gärten der Welt jedes gewünschte Tierexemplar liefern. Die Nachfrage nach Tieren ist noch nie so stark gewesen wie gerade jetzt. Alle zoologischen Gärten haben Bedarf an Tieren, da sie während des Krieges keine Neuanschaffungen vornehmen konnten und überdies viele Tiere mangels geeigneter Nahrung verloren haben. Allein die amerikanischen Gärten haben der Gesellschaft bereits Aufträge im Werte von 40 000 Pfund Sterling erteilt, und die Bestellung der englischen Gärten machen mehr als 20 000 Pfund aus, ganz zu schweigen von den Aufträgen des europäischen Kontinents. Die Preise für die wilden Tiere sind natürlich erheblich gestiegen.

Stadttheater Hirschberg.

Schillerfeier Dienstag abds. 7 Uhr:
(Dutzendkarten ungültig.)
Gastspiel Karl de Vogt vom Staatstheater Berlin.

„Die Räuber".

Carl Moor . . . . Karl de Vogt.

Auto-Verkäufe.

„Adler", 16/28 PS, modern, 6 Sitze, 1a Bergsteiger, Spitzkühler, Lederpolsterung, gr. Tourenwagen.
„Dixi", 5/14 PS, neu, eleganter 3 Sitzer, neuestes Modell, 1a Bergsteiger, Lederpolsterung preiswert sofort ab unserer Lager verkauft.

Schulze & Lamm, Automobile,
Hirschberg, Linkestraße 4. Telefon 340.

Deutsche Warte
die Tageszeitung der
Bodenreformer und Siedler
mit 6 Beiblättern
Land- und Hauswirtschaft — Gesundheitswarte — Frauenzeitung — Jugendwarte
Wirtschaftswarte — Der Sonntag u. tägl. Unterhaltungsbeilage mit guten Romanen
Monatlich nur 6 Mark
Berlin SW 48
Bestellung nimmt jede Postanstalt entgeg.

Stempel
Gummi-, Metall- und Faksimile-Stempel
für Behörden, Kaufleute u. Private
besorgt schnellstens zu Katalogpreisen
P. Fleischer's
Buchdruckerei, Warmbrunn.
Invalidenmarkenstempel, Stempelkissen und Stempelfarbe vorrätig.

Deutsches Haus, Warmbrunn
Mittwoch, den 10. November,
Schweinschlachten.
K. Dentschel.

Deutsches Landestheater
Künstl. Leitung: H. Oberreich, Berlin.

Sonntag, den 14. November, abends 8 Uhr, in der „Galerie" (Kurpromenade).
Der Riesen-Erfolg! Zum erstenmale! Stürmischer Beifall!
Die große Novität
Jung Heidelberg
Ein fröhliches Spiel in 4 Akten von Dr. Theo Marx und und Friedrich Förster.
Achtung! „Jung Heidelberg ist die Fortsetzung von „Alt-Heidelberg" und tritt seinen Siegeszug über alle Deutschen Bühnen an.
Der Vorverkauf findet in der Buchhandlung von Herrn Max Leipelt statt. (Preise siehe Plakate.)

Tüchtige, ehrliche
Waschfrau
für mehrere Tage der Woche in dauernde Stellung gesucht.
Hotel Preussischer Hof,
Warmbrunn.

Lesen Sie
wenn Sie eingehend über alle Vorgänge in Politik und Wirtschaft unterrichtet sein wollen und auf gute Unterhaltung Wert legen, die
Berliner Abendpost.
Täglich erscheinend. Mit den Beilagen Zeitbilder, Deutsches Heim, Kinderheim (alle drei reich illustriert) und Gerichtssaal nur
4,00 Mk. monatlich.
Bestellungen bei der Post und den Briefträgern. Probenummern vom Verlage Berlin SW 68

Chorverein
Warmbrunn-Herischdorf.
Wegen Erkrankung unseres Dirigenten muß der auf Dienstag anberaumte
Übungsabend
auf
Donnerstag, d. 11. Nov.
(pünktlich 8 Uhr in der „Galerie")
verlegt werden.
Der Vorstand.
J. A.: Sonnenburg.

Warmbrunner Gewerbeverein
Dienstag, den 9. November abends 8 Uhr im Saale der „Schneekppe":
Vortrag
des Herrn Rechtsanwalt und Notars Beiersdoff:
„Erläuterungen über das Reichsnotopfer u. Besitzsteuergesetz".
Die Mitglieder des Bürger-Vereins, Handwerker-Vereins Haus- u. Grundbesitzervereins Kaufmännischen-Vereins, Riesengebirgs-Vereins sind dazu eingeladen und haben freien Eintritt.
Der Vorstand.

Haus- und Grundbesitzer-Verein Warmbrunn-Herischdorf
Mittwoch, 10. Nov., abends 8 Uhr:
Monats-Versammlung
in der „Deutschen Flotte."
Der Vorstand.
Gleichzeitig wird nochmals auf den Vortrag betr. „Notopfer" am Dienstag hingewiesen.

Sie kaufen
Strickwolle, Strümpfe, Socken, Handschuh, Trikothemden und Hosen
am besten und billigsten bei
Hermann Brückner,
Herischdorf, Märzdorferstraße 10, „Haus Eintracht".

Hausfleissverein Warmbrunn
Gemälde-Ausstellung
heimischer Künstler und Künstlerinnen
Einlieferungstermin bis 15. November 1920 im
Gebäude des Vereins
Warmbrunn, Friedrichstr. 2.

Ausschneiden! Ausschneiden!
Frauen!
Wenden Sie sich bei Störungen an
Bosse & Retzlaff
Hamburg 5.
Diskreter Versand.
Nichterfolg Geld zurück.

Die Zahnpflege nach zahnärztl. Vorschrift.
Zahnpulver
Zahnpasta
Nr. 23
nur echt mit Namenszug Zahnarzt P. Bahr.
Blendend weisse, schöne, gesunde Zähne.
In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Visiten-Karten liefert in jeder Ausführung Fleischers Buchdruckerei.